

## Schweiz

# Wie der Bundesrat die Armee in die Unfähigkeit manövrierte

**Analyse zur Landesverteidigung** In einem Verteidigungskrieg wäre für die Schweiz nach wenigen Wochen Schluss. Wie kam es dazu? Eine Rekonstruktion der wichtigsten VBS-Entscheide der letzten drei Jahrzehnte.

**Beni Gafner**

Die Armee soll ab 2023 schrittweise mehr Geld erhalten. Nach 2030 soll das Budget für die Verteidigung 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen. Das wären – je nach Wirtschaftswachstum – zwischen 7 und 9 Milliarden Franken jährlich. Heute sind es 5,6 Milliarden Franken.

Diese Budgeterhöhung wäre vor dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine undenkbar gewesen. Doch das Parlament, welches diese Aufstockung einforderte, war davon überzeugt: Die Schweizer Armee sei heute nicht in der Lage, das Land zu verteidigen.

Die Aussage des Chefs der Armee, Thomas Süssli, «Mit unseren heutigen Mitteln wäre nach ein paar Wochen Schluss», verunsicherte nicht nur die Politik. Auch die Schweizer Bevölkerung zeigte sich überrascht.

Bei allen Armeeumformungen bildeten sicherheitspolitische Berichte den geistigen Überbau. Alle gingen davon aus, dass konventionelle Kriege in Europa der Vergangenheit angehörten. Mit der einschneidendsten aller Reformen, der Armee XXI, wurden die Bestände gedrittelt, die Alarmformationen (Flughafenregimenter) abgeschafft, auf ein Mobilmachungssystem verzichtet. Und für den «unwahrscheinlichen» Fall eines Angriffs auf die Schweiz ging man nun von einer Vorwarnzeit von zehn Jahren aus.

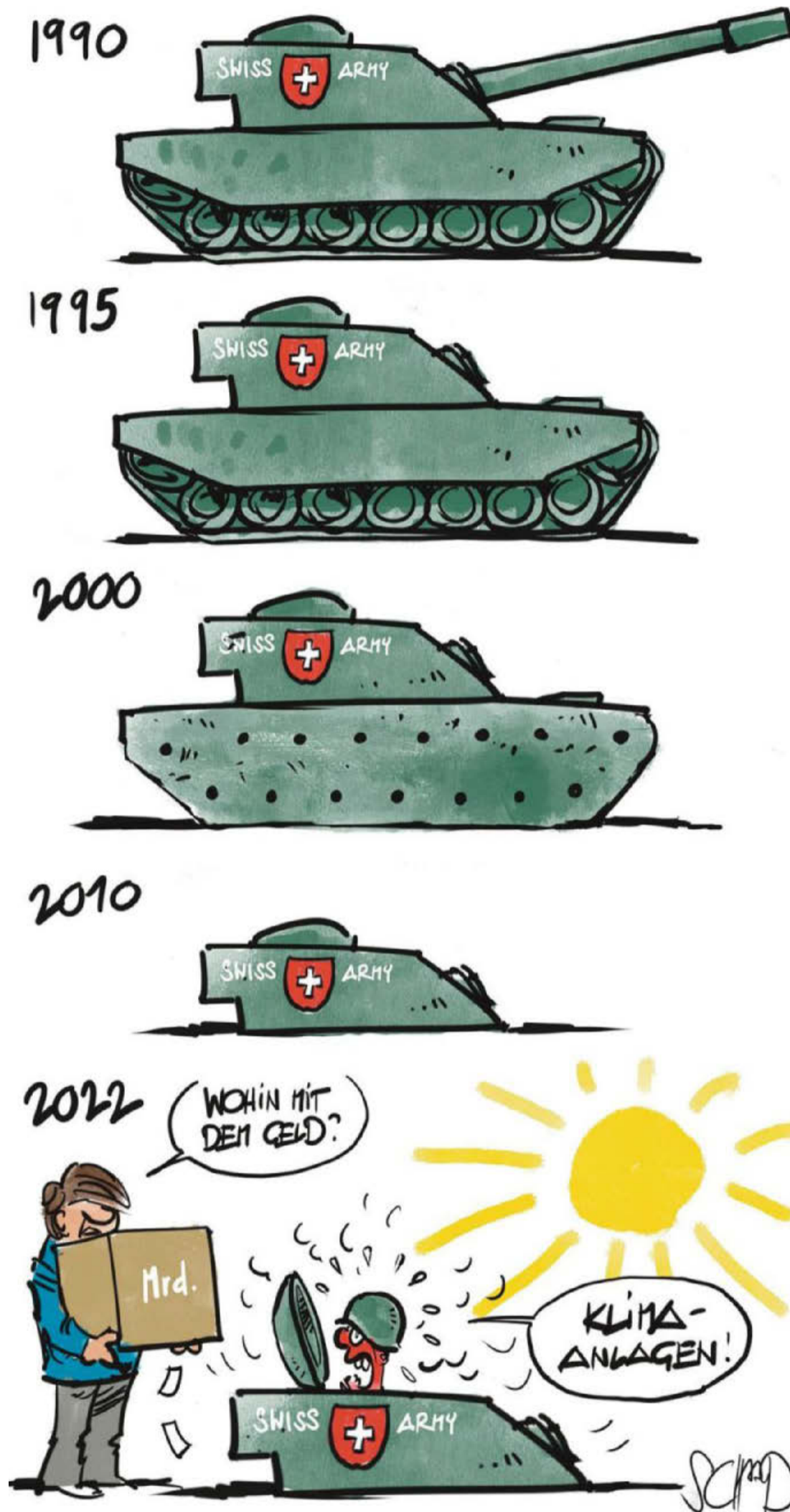
Bis heute spricht in der Sicherheitspolitik niemand über begangene Fehler in den früheren Armeeumformungen. Der Umstand, dass dieselbe Politik heute im Eilverfahren Zusatzmilliarden für Rüstungskäufe durchwinkt, deutet aber darauf hin, dass plötzlich als wichtig und richtig eingestuft wird, was noch vor wenigen Monaten im Bundeshaus chancenlos war.

Welches waren die konkreten Schritte im Bundeshaus, die dazu führten, dass die Armee heute falsch aufgestellt ist?

## 1 Kaspar Villiger, Armee 95: «Die grösste Armeeumformung aller Zeiten»

1989 fiel die Berliner Mauer – danach fielen die kommunistischen Diktaturen. Als 1991 die Sowjetunion auseinanderbrach, war klar: Der Kalte Krieg ist vorbei – und die Zeit für eine Anpassung der Schweizer Armee an die neue Lage gekommen. Der damalige Wehrminister Kaspar Villiger kündigte die «grösste Armeeumformung aller Zeiten» an.

Er sagte: «Armee und Militärdepartement benötigen dringend mehr Muskeln und weniger Fett!» Er warf in der Folge vieles über den Haufen, aber nicht alles. Hätten Villigers Nachfolger an der Armee 95 festgehalten, die Haurückübung von heute wäre kaum nötig. In der Realität schrumpfte die Armee 61 in den 90er-Jahren mit ihren mehr als 800'000 Armeemitgliedern zur halb so grossen Armee 95. Traditionreiche Truppenverbände wurden aufgelöst, die Armee



blieb aber funktionstüchtig. Der Abbau sorgte für heftige Kritik unter den damals noch sehr zahlreich vorhandenen Offizieren.

Villiger zog die Reform gegen alle Widerstände durch und sagte: «Man kann eine Armee auf Dauer nicht mit fiktiven Risiken begründen. Sie muss Antworten auf die realen Risiken geben, sonst verliert sie an politischer Legitimation. Das kann in einer

direkten Demokratie ihre Existenz kosten.»

## 2 Adolf Ogi, Armee XXI: Nochmals «die grösste Armeeumformung aller Zeiten»

Adolf Ogi löste 1996 Kaspar Villiger im damaligen Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) ab. Die Kritik in Armeekreisen an der Armee 95 war nach wie vor gross. Sie nervte Ogi schliesslich

derart, dass er zum Schnitt ansetzte. Die Basis für Ogis Armeeumformung schuf die «Studienkommission für strategische Fragen». Sowohl im Militärdepartement, das den neuen Namen VBS erhielt, als auch bei der Armee selbst blieb kein Stein auf dem anderen. Wie sein Vorgänger sprach auch Ogi von der «grössten Armeeumformung aller Zeiten». Er senkte den aktiven Truppen-

bestand weiter, von 360'000 Personen auf 120'000. Zeughäuser wurden aufgelöst. Auf eine Mobilisierungsorganisation wurde verzichtet; man konnte die Armee, die mit einer Vorwarnzeit von zehn Jahren für den Ernstfall rechnete, gar nicht mehr alarmieren und aufbieten. Die Schweizer Armee wurde sodann nach Nato-Vorbild strukturiert, erhielt neue Gradabzeichen und sollte – im Verbund mit Nato-Staaten – weltweit unterstützend eingesetzt werden können, namentlich im Logistikbereich.

Diese Nato-Annäherung wurde damals, wie die gesamte Armeeumformung XXI, von FDP, CVP (heute Die Mitte) und SP mitgetragen. Die Schweiz trat dem Nato-Programm «Partnerschaft für den Frieden» bei, das zuvor von den USA ins Leben gerufen worden war. Wie stark auch neutrale Staaten wie die Schweiz an

## Für den Fall eines Angriffs auf die Schweiz ging man von einer Vorwarnzeit von zehn Jahren aus.

die Nato herangeführt werden sollten, sagte der frühere US-Verteidigungsminister William Perry: «Der Unterschied zwischen einer Nato-Vollmitgliedschaft und einer Beteiligung an der Nato-Initiative «Partnership for Peace» muss dünner gemacht werden als ein Blatt Papier.»

Dem Stimmvolk, das am 18. Mai 2003 ein Referendum gegen die Armeeumformung mit 76 Prozent ablehnte, wurde im Abstimmungsbüchlein versprochen: «Die Armee XXI ist eine moderne Milizarmee mit intensiver Ausbildung, die den verfassungsmässigen Auftrag der Landesverteidigung erfüllt und dadurch den aktuellen Risiken und Bedrohungen optimal Rechnung trägt.» Das Volk glaubte es mehrheitlich.

## 3 Samuel Schmid, Armee 08/11: «Kleiner, günstiger, besser»

Ogis Nachfolger im Verteidigungsdepartement, Samuel Schmid, wurde am Anfang seiner Amtszeit von seiner Partei und Offizieren aller Couleur bedrängt, das Projekt Armee XXI zu stoppen und auf die Verteidigungsfähigkeit der Armee zu setzen. Schmid lehnte dies schliesslich ab und leitete – nach den Anschlägen in den USA von 2001 – einen Entwicklungsschritt ein, der «08/11» genannt wurde. Diesen Entwicklungsschritt begründete Schmid damit, dass sich die

Armee auf die wahrscheinlichsten Bedrohungen und Gefahren ausrichten müsse.

Im Zentrum der Überlegungen stand dabei die Bedrohung durch Terrorismus. Ein Aufwuchskonzept für den Verteidigungsbereich, das übrigens ungefähr jene Kosten beinhaltete, die das Parlament dieses Jahr genehmigte, und einen Zeitraum von zehn Jahren umfasste, schubladisierte Schmid kurzerhand. Kritik am Konzept und die offene Frage, wer wann einen solchen Aufwuchs auslösen müsste, veranlassten Schmid zu diesem Schritt.

## 4 Ueli Maurer, WEA-Armee: «Schlanker und flexibler»

Schmid's Nachfolger Ueli Maurer stellte nach seinem Amtsantritt fest, dass in der Armee kaum etwas funktionierte. Er setzte den Hebel im Logistikbereich an, weil Armeemitglieder Material ausgehändigt bekamen, das entweder kaputt war oder nur teilweise funktionierte. Sein Reformprojekt WEA (Weiterentwicklung der Armee) stiess er danach mit dem Sicherheitspolitischen Bericht im Jahr 2010 an.

Er führte zusammen mit Armeechef André Blattmann eine funktionierende Ausbildungslogistik ein, weitete die Einsatzbereitschaft der Luftpolizei von Bürozeiten auf rund um die Uhr aus und belebte die Mobilisierung wieder. Zudem erreichte er via Parlament die Trendwende bei den Finanzen: Der Armeepfand erhöhte sich von 4,4 auf 5 Milliarden. Der Armeebestand nahm unter Maurer trotzdem weiter ab. Noch etwa 35'000 Armeemitglieder können bis heute zu den Waffen gerufen werden, um einen Feind abzuwehren. Das ist, mit Blick auf die Vorgänge in der Ukraine, so gut wie nichts.

## 5 Viola Amherd: Aufgegleistes umsetzen

Die aktuelle Verteidigungsministerin Viola Amherd fokussiert auf das, was nottut in der Armee: keine neue Armeeumformung. Sie will, wie ihr Vorgänger Guy Parmelin, der nach nur zwei Jahren das VBS in Richtung Wirtschaftsdepartement verliess, konsolidieren und das umsetzen, was bereits vor ihrem Amtsantritt aufgegleist wurde.

Zuvorderst steht für Amherd die Umsetzung von Air 2030 mit dem Milliardengeschäft für neue Kampfflotten und einem neuen Boden-Luft-Abwehrsystem. Sie überliess es ihrem Armeechef, die Alarmglocke zu läuten («nach wenigen Wochen wäre Schluss»). Sie dürfte dieses Projekt wohl durchbringen. Das Geld fliegt ihr wegen des Kriegs in der Ukraine derzeit nur so zu. Was damit genau gemacht werden soll, ist aber noch offen. Erwartet wird von Amherd, dass sie Antworten auf die Bestandesfrage findet. Mehr Frauen im Rahmen ihres Förderprogramms oder ein höheres Dienstalter für alle oder beides – viele Optionen gibt es für einen höheren Armeebestand nicht.